



Medienkonferenz Schlussbericht Sozialhilfe von Donnerstag, 29. Januar 2009

REFERAT VON GEMEINDERÄTIN EDITH OLIBET

*Es gilt das gesprochene Wort*

**Der Sozialdienst ist heute weiter als vor 1 ½ Jahren. Er ist gestärkt, reorganisiert, die Fallbelastung ist reduziert, die Kontrollinstrumentarien sind ausgebaut. Das ist gut und - gerade mit Blick auf die Wirtschaftskrise - ein Muss. Ebenfalls ein Muss ist es, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.**

Geschätzte Medienvertreterinnen und Medienvertreter

Ja, meine Bilanz fällt positiv aus über das, was in den letzten beiden Jahren dank grossem Einsatz zahlreicher Mitarbeitender verändert wurde. Wir haben Ziele erreicht, Kurskorrekturen vorgenommen oder in die Wege geleitet. Der Sozialdienst ist kaum mehr mit demjenigen von 2007 zu vergleichen. Die eingeleiteten oder umgesetzten Massnahmen greifen. Wir sind auf Zielkurs. Und dieses Ziel heisst: Umsetzung der Massnahmenpakete, Etablierung der neuen Strukturen, Automatisierung der neuen Abläufe. Eine starke Sozialhilfe ist auf einen starken Sozialdienst angewiesen.

### **Weiter**

"Weiter" ist das Motto:

Der Sozialdienst ist weiter: Er hat neue Strukturen und Abläufe, sein Sensorium gerade auch bezüglich Missbrauchserkennung und -bekämpfung ist geschärft.

Die Stadt ist weiter. Der Gemeinderat zeigt mit dem Schlussbericht und mit der Veröffentlichung der verschiedenen Berichte, was alles geprüft und unternommen wurde. Im Interesse einer Sozialhilfe, welche in der Öffentlichkeit Vertrauen genießt.

Der Kanton ist weiter. Er hat mit ausgewählten Gemeinden ein Pilotprojekt Sozialinspektorat finanziert und konnte auch die Erfahrungen der grössten Stadt im Kanton mit ein beziehen.

Auch ich selber bin weiter. Mein (Ein-)Blick in die Sozialhilfe ist heute tiefer, mein Sachwissen fundierter. Die Erkenntnisse im Laufe dieses Prozesses haben mir gezeigt, wie wichtig es ist, einerseits mit Überzeugung für die Sozialhilfe einzustehen und andererseits stets unsere Arbeit zu hinterfragen und sich den Herausforderungen zu stellen, mit denen die Sozialhilfe konfrontiert ist.

Meine Mitarbeitenden haben einen schwierigen Job in einem anspruchsvollen Umfeld zu erfüllen. Sie brauchen dafür die erforderlichen Instrumente und genügend Ressourcen. Sie müssen aber auch konsequent handeln und die Vorgaben umsetzen. Dies zu garantieren, erachte ich als meine Aufgabe als Gemeinderätin und Sozialdirektorin.

Lassen Sie mich zurückblicken: Ich als Gemeinderätin, der Sozialdienst, wir wurden stark kritisiert. Die Kritik war berechtigt - das sage ich ohne Wenn und Aber. Wir haben Fehler gemacht, es waren Mängel und Lücken im Kontrollsystem vorhanden. Die Gründe dafür sind vielschichtig und lassen sich weder auf Bern noch auf Personen reduzieren. Ich stelle fest: Schweizweit wurde damals der Sozialhilfemissbrauchthematik zu wenig Beachtung geschenkt. Das ist weder ein Trost noch eine Entschuldigung. Das Sozialhilfesystem und die Sozialdienste waren geprägt vom Helfen und Vertrauen und dabei – auch unter dem Druck der Fallbelastung – ist der Kontrollgedanke zu kurz gekommen. Ich sage „waren“, denn wir haben die Lehren daraus gezogen. Wir haben auf mehreren Ebenen gehandelt und sind auf dem richtigen Weg, wir wollen das Vertrauen in die Sozialhilfe wieder herstellen.

### **Der Schlussbericht - was er ist, was er nicht ist.**

Er ist eine Orientierungshilfe: Angesichts der Fülle von Informationen, Berichten und Antworten, welche in den letzten zwei Jahren erstellt wurden, ist der Schlussbericht mit seiner Gegenüberstellung der Einzelberichte eine Orientierungshilfe.

Der Schlussbericht ist ein Bericht an den Stadtrat. Er dient der Information des Parlaments über die Sozialhilfe, die ergriffenen Massnahmen und deren Wirkungen.

Der Schlussbericht ist für uns, für das Sozialamt und insbesondere den Sozialdienst ein rollendes Planungsinstrument. Er gibt den Umsetzungsstand November/ Dezember 2008 wieder; heute sind wir bei zahlreichen Massnahmen bereits weiter.

Der Schlussbericht setzt den Schlusspunkt unter die Phase der Sonderprüfungen und Spezialuntersuchungen. Ab jetzt greift wieder die "normale" Verwaltungskontrolle.

Der Schlussbericht setzt aber NICHT den Schlusspunkt. Wie bereits der Stadtpräsident ausgeführt hat, gehen wir den eingeschlagenen Weg konsequent weiter. Ziel ist, spätestens im Jahre 2011 den Sozialdienst zertifizieren zu lassen.

### **Zum Zwischenbericht des Finanzinspektorats**

Ohne die anderen sechs Berichte abwerten zu wollen, ein paar Worte zum nun öffentlichen FI-Zwischenbericht: Auch der FI-Zwischenbericht ortet Handlungsbedarf. Jeder einzelnen Feststellung und Empfehlung des FI wurde und wird nachgegangen. Im Kapitel IV des Schlussberichts sind die FI-Empfehlungen aufgeführt und die jeweils ergriffenen Massnahmen dargestellt. Im Grossen und Ganzen kann festgestellt werden: Der FI-Zwischenbericht bestätigt und bekräftigt die vom Gemeinderat eingeleiteten Massnahmen. Er gibt den Prüfungsstand zwischen Ende 2007 und Juni 2008 wieder und betrifft Sachverhalte, die bis ins Jahre 1998 zurückgehen.

### **Facts and Figures**

Lassen Sie mich stichwortartig auf einige Facts eingehen:

- Der Gemeinderat hat mittlerweile über 50 Massnahmen zur Sozialhilfe verabschiedet. Eine direktionsinterne Arbeitsgruppe unter der Leitung des Generalsekretärs ist mit dem Massnahmencontrolling beauftragt. Sie erstellt zu meinen Händen monatliche Reports zum Stand der Massnahmenumsetzung.
- Wir haben ein Sozialrevisorat und ein Sozialinspektorat installiert. Die neuen Kontrollinstrumente haben sich aus meiner Sicht bewährt; nun gilt es, die Auswertung des kantonalen Pilotprojekts abzuwarten.
- Der Sozialdienst ist reorganisiert, die Prozesse sind neu definiert, die Beratungsteams sind 1 Leitung unterstellt, ein Leitbild ist erarbeitet. Der Spielraum der einzelnen Sozialarbeiterin, des Sozialarbeiters ist damit kleiner, das Handeln vereinheitlicht, so weit das in der individuellen Sozialhilfe möglich ist. Die Fallbelastung pro 100%-Sozialarbeitsstelle ist reduziert.
- Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Sozialdienst und Kompetenzzentrum Arbeit ist ein Projekt gestartet, welches gestützt auf eine Ist- und Bedarfsanalyse die Integrationsstrategie klarer definieren soll.
- Der Gemeinderat hat die personelle Erweiterung der Sozialbehörde mit Parteienvertretungen und externen Expertinnen und Experten beschlossen; derzeit sind die hierzu notwendigen Rechtsetzungsarbeiten im Gang.
- Regelmässig wird künftig ein Sozialhilfe-Report mit den wichtigsten Sozialhilfeszahlen publiziert.

Zu den Zahlen: Im Jahr 2008 haben wir 68 Strafanzeigen eingereicht, also mehr als 1 Anzeige pro Woche. 2007 waren es deren 42. Das sind reale Ist-Zahlen; daraus können jedoch keine Missbrauchsquoten abgeleitet werden. Wichtiger als geschätzte Quo-

ten ist für mich der Grundsatz: jeder Missbrauchsfall ist einer zuviel. Er kostet dem Gemeinwesen Geld und schadet dem Sozialhilfesystem. Deshalb unternehmen wir alles, um Missbrauchsfälle zu vermeiden und zu bekämpfen.

Die Stadt Bern weist mit 4,8% (2008) eine im gesamtschweizerischen Vergleich nach wie vor tiefe Sozialhilfequote aus.

Was ist mit den 97 Dossiers passiert, welche der Gemeinderat der Regierungsstatthalterin zur Sonderprüfung übergeben hat? - Sie finden die betreffende Statistik in der Medienmappe: bei 62 Dossiers wird weiterhin unterstützt, bei 35 Dossiers nicht mehr; es wurden 4 Kürzungen verfügt und 9 Strafanzeigen eingereicht. Zudem wurden 38 Rückerstattungen eingeleitet.

Die Zahlen widerspiegeln zum einen die Wirksamkeit der neuen Kontrollinstrumente, mit welchen Missbrauchsvermutungen gezielter nachgegangen werden kann und die Sozialarbeitenden von aufwändigen Recherchen entlastet werden. Zum andern zeigen die Zahlen, dass die Sozialarbeitenden durch die Fallentlastung mehr Zeit für die Kontrolltätigkeit aufwenden können und dass ihr Missbrauchssensorium erweitert ist.

### **Was sind die nächsten Schritte im 2009?**

Ich nenne nur einige zentrale Punkte:

- Wir werden den Gemeinderat und die Stadtratskommission halbjährlich über den Stand und die Wirkung der Massnahmenumsetzung informieren;
- nach Auswertung des kantonalen Pilotprojekts Ende März fällt die Entscheidung über das Ob und Wie der Weiterführung des Sozialinspektorats;
- das Sozialrevisorat prüft im Rahmen von Sonderaufträgen oder auf Antrag der Sozialarbeitenden ganze Personenkategorien oder einzelne Dossiers.
- das Sozialamt wird neu jährlich einmal, statt wie bisher alle vier Jahre, vom Finanzinspektorat ordentlich revidiert;
- wir werden, je nach Kompetenz, dem Gemeinderat oder dem Stadtrat die revidierten Rechtsgrundlagen zur Reorganisation der Sozialbehörde vorlegen;
- zur Systematisierung und Vereinfachung des Datenaustausches sowie zur Klärung der Rechtsgrundlagen auf Kantonsebene fanden und finden Treffen mit verantwortlichen Dienststellen in und ausserhalb der Stadtverwaltung statt. Einen Schwerpunkt legen wir 2009 auf die Thematik "Auto" (Besitz und Handel) und die Zusammenarbeit mit dem Strassenverkehrsamt, auf die Ferienregelung sowie auf die Arbeitsverträge und die Integrationszulagen.

### **Gleichgewicht von Prävention und Repression**

Bei aller Zufriedenheit über die Richtigkeit der durchgeführten Untersuchungen und die Wirkung der eingeleiteten Massnahmen bleibt ein Aber: Wir müssen aufpassen, dass wir nicht übertreiben, dass das Pendel nicht in die andere Richtung ausschlägt. Der Leitsatz für den Sozialdienst lautet nicht "Je repressiver desto besser". Wir wollen keinen Wettbewerb über die Anzahl eingereicher Strafanzeigen. Vielmehr müssen das System der Sozialhilfe und seine präventiven, repressiven, existenzsichernden und integrationsfördernden Elemente sorgsam im Gleichgewicht behalten werden. Das ist unsere, das ist meine Aufgabe.

### **Starke Sozialhilfe**

Eine starke Sozialhilfe basiert auf gesellschaftlicher Solidarität, klaren Rechtsgrundlagen, ausgebauten Verwaltungsstrukturen und rechtsgleicher Behördenpraxis. Dazu zählt auch ein ausgebautes Kontrollsystem mit präventiver und repressiver Wirkung. Der Gemeinderat hat die notwendigen Anpassungen vorgenommen. Gesellschaftliche Solidarität und die Unterstützung und Integration von Randständigen und Armutsbetroffenen sind Errungenschaften des Sozialstaates, für welche ich, für welche der Gemeinderat entschlossen einstehen.